

Engagiert unterwegs!

37. Landeskongferenz 25.-26.10.2025 - Wiesbaden



Beschlussheft

- Politische Beschlüsse -

Politische Beschlüsse:

Politische Beschlüsse:	2
Bildungsarbeit gegen autoritäre Formierung stärken und soziale Wirksamkeit erlebbar machen	3
Naturschutz-Vorrangflächen im Regionalen Flächennutzungsplan sichern!	7
Für eine Friedenspolitik mit Haltung und Handlung – Friedensarbeit im Zeitalter der Ambivalenz	8
Demokratienschutz - Gemeinsam für eine gleichberechtigte, solidarische und freie Zukunft!	12
NaturFreunde Hessen engagiert für Demokratie und Zusammenhalt nach dem 19. Februar 2020.....	15

Bildungsarbeit gegen autoritäre Formierung stärken und soziale Wirksamkeit erlebbar machen

„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ – dieses Versprechen der NaturFreunde aus den Erfahrungen von Verfolgung, Exil und Widerstand ist heute so aktuell wie seit Jahrzehnten nicht. Was wir beobachten, ist nicht nur eine Konjunktur rechter Parteien, sondern ein autoritärer Wandel, der tief in den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Raum eingreift. Als NaturFreunde tragen wir mit unserer Geschichte, unseren Werten und unserer Bildungsarbeit eine besondere Verantwortung, diesen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Unsere Häuser, Sportgruppen, Strukturen und politischen Formate sind Orte der Solidarität, der Selbstermächtigung und der Demokratiebildung und sie müssen es entschiedener denn je sein.

Die autoritäre Formierung der Gesellschaft

Der gesellschaftliche Wandel der letzten Jahre zeigt sich nicht nur in Wahlergebnissen oder Debatten, sondern in einer grundlegenden Veränderung des politischen Klimas. Autoritäre Positionen normalisieren sich, rechtsextreme Kräfte gewinnen nicht nur als parlamentarische Opposition an Einfluss, sondern als kulturelle Bewegung mit Anschlussfähigkeit an breite Teile der Bevölkerung. Auch in konservativen, liberalen, sozialdemokratischen und linken Diskursen zeigt sich ein Rückgriff auf autoritäre Rhetoriken. Die politische Mitte verliert ihre vermittelnde Funktion, progressive Kräfte werden marginalisiert, während dogmatische Positionen an Lautstärke und Sichtbarkeit gewinnen.

Diese Entwicklung ist Ausdruck eines wachsenden gesellschaftlichen Autoritarismus, der sich nicht allein aus ideologischer Überzeugung speist, sondern aus tiefen Gefühlen von Unsicherheit, Entfremdung und Ohnmacht. Die autoritäre Versuchung, insbesondere das Bedürfnis nach Ordnung, Identität und Kontrolle, wird so zur gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Sie reicht in Alltagsverhalten, Vereinsleben und Gesprächskultur hinein. Bereits Adornos Analyse der *Autoritären Persönlichkeit* zeigte, dass solche Einstellungen nicht allein pathologisch, sondern strukturell durch gesellschaftliche Verhältnisse bedingt sind – durch Herrschaft, Konkurrenz und Vereinzelung. Wesentlich ist auch das Gefühl des Verlierens sozial gesicherter und nach unten abgegrenzter Positionen, der persönlichen ökonomischen Reduzierung des Alltags beispielsweise angesichts steigender Preise. Zielobjekt sind dann die vermeintlichen Verursacher: Migrant*innen, Bürgergeldempfänger*innen, progressive und QUEER-Personen oder Gender-Sprache. Angesichts komplexer gesellschaftlicher und krisenhafter weltpolitischer Veränderungen wird Sehnsucht nach den vermeintlich besseren Verhältnissen der Vergangenheit immer mächtiger, Einfachheit und klare autoritäre Lösungen werden zu einem attraktiven Angebot.

Marginalisierung des Progressiven

Die Aushöhlung demokratischer Kultur betrifft vor allem jene politischen Strömungen, die auf Pluralität, Differenz und solidarische Verständigung setzen. In einer Atmosphäre wachsender Polarisierung verlieren liberale und progressive Kräfte an Boden. Ihnen wird Schwäche unterstellt, ihr Festhalten an komplexer, ambivalenter Wirklichkeit als „Wokeness“, „Utopismus“ oder „Gutmenschentum“ diffamiert. Dabei sind es gerade diese Perspektiven, die Räume des Dialogs offenhalten, Demokratie als lernende Praxis begreifen und soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden wollen.

Auch in den eigenen Reihen, in linken und sozialdemokratischen Bewegungen geraten diese Haltungen unter Druck. Vermittlung, Kompromissbereitschaft und Selbstkritik erscheinen als unzeitgemäß, obwohl gerade diese als Kern eines Kampfes gegen den Autoritarismus dringend gebraucht werden. Was sich durchsetzt, sind moralische Eindeutigkeit, rhetorische Eskalation und taktische Polarisierung. Die politische Linke wird so zerrieben zwischen dogmatischer Radikalisierung und politischer Bedeutungslosigkeit. Die NaturFreunde verstehen sich als ökologischer, solidarischer, weltoffener Verband auch als Teil einer progressiven Tradition.

Populismus und autoritärer Stil

Anders als in der Vergangenheit zeigt sich der Autoritarismus weniger in Uniform, sondern als kulturelle Form: im Recht auf Ignoranz, in Feindbildpflege, in der Abwertung von Pluralität. Populismus wirkt dabei als Stil und Verstärker, indem er einfache Erzählungen anbietet, Komplexität leugnet und den demokratischen Diskurs zur Bühne affektiver Polarisierung macht. Der Populismus ersetzt Politik durch Moral und Diskurs durch Inszenierung. So wird der Boden bereitet für autoritäre Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit: Migration, soziale Gerechtigkeit, Klima, Frieden.

Erich Fromm beschrieb diesen Mechanismus als „Flucht vor der Freiheit“: Wo Menschen ihre soziale Wirksamkeit verlieren, suchen sie Halt in autoritären Identifikationen. Adorno zeigte, dass diese Dynamiken nicht irrational, sondern funktional für ein System sind, das auf Konkurrenz, Angst und Vereinzelung beruht. Der Populismus ist demnach der Stil eines autoritär werdenden Systems, welches sich angepasst an Medienlogik, Erregungsökonomie und den Zerfall politischer Öffentlichkeit immer schneller entwickelt.

In dieser Situation kommt der politischen Bildung eine zentrale Rolle zu: nicht als Belehrung, sondern als Einladung zur Selbstreflexion, zur kollektiven Analyse, zur solidarischen Praxis. Die NaturFreunde verfügen über Erfahrungswissen, Räume und Konzepte, um genau diese Bildung zu ermöglichen. Sie müssen strategisch ausgebaut, sichtbar gemacht und geschützt werden. Als Teil der Arbeiter*innenbewegung stehen wir damit auch in der Tradition der Arbeiter*innenselbstbildung.

Erosion des Diskurses und der Zivilgesellschaft

Die Fähigkeit zum demokratischen Diskurs und damit zur Auseinandersetzung mit Argumenten, zur Ambiguitätstoleranz und zur solidarischen Differenz wird unterminiert. Diskussionsräume verengen sich, Sprache verroht, Dissens wird pathologisiert. Das betrifft nicht nur digitale Räume, sondern auch den Alltag: Organisationen, Vereine, Institutionen und Initiativen stehen unter dem Druck politischer Erwartungen und öffentlicher Verdächtigungen.

Gleichzeitig wird die zivilgesellschaftliche Infrastruktur brüchig. Organisationen, die sich für Vielfalt, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung einsetzen, sehen sich zunehmend ideologischen, juristischen und finanziellen Angriffen ausgesetzt. Die demokratische Zivilgesellschaft verliert Sichtbarkeit und Schutz, während autoritäre Bewegungen Netzwerke aufbauen, Sprache prägen und Räume besetzen.

Die NaturFreunde Hessen begreifen sich als Teil dieser demokratischen Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit lebt vom Engagement für eine gerechte, friedliche und offene Gesellschaft. In Bildungsangeboten, Wanderungen, internationalen Begegnungen, Umweltprojekten und politischer Arbeit prägen wir aktiv zivilgesellschaftliche Strukturen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir heute entschieden gegen autoritäre Dynamiken in unserer Bildungsarbeit, in unseren Häusern und in unseren Strukturen auftreten.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen autoritären Dynamiken, der ideologischen Verschiebungen und der Schwächung zivilgesellschaftlicher Diskursfähigkeit gehen die NaturFreunde Hessen folgende strategischen Schritte zur Stärkung unserer Bildungsarbeit:

1. Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe verankern

Die politische Bildungsarbeit der NaturFreunde Hessen soll explizit und sichtbar auf die Stärkung demokratischer, solidarischer und emanzipatorischer Haltungen ausgerichtet werden. Demokratische Bildung ist kein Zusatz, sondern Kern unserer Arbeit.

2. Autoritarismuskritische Bildungsformate entwickeln und verstetigen

Wir entwickeln eine dauerhafte Bildungsreihe zur autoritarismuskritischen Aufklärung und Selbstreflexion. Diese Formate richten sich an Erwachsene, Jugendliche, Ehrenamtliche und Multiplikator*innen. Ziel ist die Stärkung von Urteilskraft, Ambiguitätstoleranz und demokratischer Handlungskompetenz.

3. Demokratische Lernorte sichern und politisch profilieren

Naturfreunde Häuser sollen sichtbar als demokratische Lernorte auftreten können. Durch klare Positionierungen, öffentlichkeitswirksame Formate, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen und durch das Angebot geschützter Räume für politische Selbstbildung können Naturfreunde Häuser noch stärker zum Kristallisationspunkt von Zivilgesellschaft werden. Die NaturFreunde Hessen entwickeln

dafür Veranstaltungsformate, Aktionsformen und Aktionsangebote, die von Ortsgruppen abgerufen werden können.

4. Strategische Bündnisse ausbauen

Wir streben den aktiven Ausbau von Netzwerken mit Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Initiativen, Vereinen und Kulturprojekten an. Besonders im ländlichen Raum und an gesellschaftlichen Bruchstellen braucht es stabile Bündnisse für Demokratie und für sozialen Zusammenhalt. Der Landesverband unterstützt dafür die Ortsgruppen bei Bedarf aktiv bei der Bündnisarbeit.

5. Politische und finanzielle Förderung sichern

Wir fordern die Landesregierung und kommunale Partner*innen auf, politische Bildung dauerhaft und strukturell zu fördern. Die Naturfreunde Hessen engagieren sich in Gremien und Bündnissen, um diese Forderung auch öffentlich zu vertreten.

Naturschutz-Vorrangflächen im Regionalen Flächennutzungsplan sichern!

Der Landesverband fordert die Träger der Regionalplanung in Hessen – insbesondere den Regionalverband FrankfurtRheinMain sowie die Regionalen Planungsverbände in Nord- und Mittelhessen auf, alle ausgewiesenen Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege im Regionalen Flächennutzungsplan bzw. in den Regionalplänen unverändert zu erhalten und nicht zu Vorbehaltsgebieten herabzustufen.

Herabstufungen werden grundsätzlich abgelehnt. Bei Flächenkonflikten (Wohnen, Gewerbe, Verkehrsinfrastruktur, Energieerzeugung u. a.) sind Alternativen vorrangig zu prüfen und zu nutzen.

Klimaanpassung, Biodiversität und Freiraumschutz sind als gleichrangige Gemeinwohlziele in allen Abwägungen verbindlich zu berücksichtigen. Kaltluftentstehungs- und Frischluftbahnen, Auen- und Retentionsräume, Biotopverbundachsen, Bann- und Schutzwälder, Natura-2000-Gebiete und gesetzlich geschützte Biotope sind tabu für neue Siedlungs- und Verkehrsvorhaben.

Der Landesvorstand wird beauftragt,

- im Rahmen laufender oder kommender Beteiligungsverfahren Stellungnahmen abzugeben, die die Beibehaltung des Vorrang-Status in Naturschutzflächen fordern,
- kommunale Mandatsträger*innen (insb. in der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, in Stadt-/Kreistagen) sowie Landtagsfraktionen für diese Position zu gewinnen,
- Bündnisse mit Umwelt- und Fachverbänden zu schließen,
- eine Öffentlichkeitskampagne zu starten und Bürger*innenbeteiligung zu stärken.

Für eine Friedenspolitik mit Haltung und Handlung – Friedensarbeit im Zeitalter der Ambivalenz

Die gegenwärtige Weltlage ist von einer dramatischen Zunahme gewaltsamer Konflikte geprägt. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist der Krieg auf den europäischen Kontinent wieder ins Blickfeld gerückt. Seit dem brutalen Massaker am 07. Oktober 2023 durch die Hamas in Israel eskaliert die Gewalt zwischen der Hamas und der israelischen Armee erneut, fordert zivile Opfer in unvorstellbarem Ausmaß und rückt friedenspolitische Perspektiven in weite Ferne. Im Jemen und im Sudan führt ein langjähriger Stellvertreterkrieg zu einer der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart, und das von der Weltöffentlichkeit weitgehend ignoriert.

Diese Entwicklungen markieren keine historischen Ausreißer, sondern eine strukturelle Krise der internationalen Ordnung. Während das Völkerrecht offen gebrochen wird, internationale Organisationen ihre Handlungsfähigkeit einbüßen, und autoritäre Regierungen zunehmend versuchen, ihre Interessen durch militärische Gewalt oder ökonomische Erpressung durchzusetzen, geraten die tradierten friedenspolitischen Gewissheiten immer mehr unter Druck.

Auch innerhalb der NaturFreunde stellt sich die Frage neu: Was bedeutet Frieden heute – in einer Welt, die sich mit mannigfaltigen Krisen von Krieg, Klimawandel, sozialer Ungleichheit und autoritärer Repression konfrontiert sieht? Die klassische Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ wird herausgefordert durch reale Gewaltverhältnisse, die Menschenleben bedrohen und Ausrottung ganzer Gesellschaften zum Ziel haben und Solidarität mit allen Opfern erfordern. Zugleich erleben wir, wie rechte und verschwörungsideologische Kräfte die Friedensfrage für sich instrumentalisieren und versuchen, an der Friedensbewegung anzudocken, was in Teilen stattfindet. Die Friedensbewegung muss für diese Gefahr sensibilisiert werden. Die Gefahr ist eine Entsolidarisierung, welche letztlich die Spaltung der Friedensbewegung nach sich ziehen würde.

Die NaturFreunde stehen in einer Tradition, die in den Kämpfen der Arbeiter*innenbewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität verwurzelt ist. Diese Tradition verpflichtet uns zur Auseinandersetzung mit den Widersprüchen unserer Zeit. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet für uns Friedensfähigkeit der Gesellschaft, Freiheit des Individuums, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Beteiligung und internationale Zusammenarbeit. Friedensarbeit bedeutet aber auch den Wiederaufbau verlorenen Vertrauens zwischen vermeintlichen Feinden zu fördern.

Inmitten globaler Aufrüstung, wachsender Unsicherheit und geopolitischer Machtkämpfe müssen die NaturFreunde eine klare gemeinsame Position formulieren, die gleichzeitig dem Pluralismus unseres Verbandes Raum lässt. Unser Bekenntnis zu den Menschenrechten, zur Völkerverständigung und zur Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation muss die Grundlage unserer Positionierung sein. Fokus unserer Positionen muss immer der Mensch sein, der von Krieg betroffen ist. Unsere ungeteilte Solidarität gilt immer den Opfern von Krieg und Vertreibung.

Die NaturFreunde Hessen verstehen sich als zivilgesellschaftlicher Akteur mit politischem Anspruch und gesellschaftlicher Verantwortung. Daraus lässt sich für uns ein klarer Auftrag ableiten: Frieden mit Mensch und Natur bedeutet, soziale, ökologische und demokratische Bedingungen des Friedens lokal wie global konkret zu fördern.

Unsere Arbeit fußt auf dem Grundsatz der internationalen Solidarität. Solidarität ist dabei für uns kein abstrakter Begriff, sondern verlangt konkrete Praxis und den Menschen als konkreten Bezug. Sie kann bedeuten, Geflüchteten Schutz zu bieten, Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen zu unterstützen oder sich autoritären Entwicklungen in Gesellschaft und Politik entgegenzustellen. Unser Platz ist niemals an der Seite der Aggression.

Als NaturFreunde bekennen wir uns zur pluralen Demokratie, innerhalb unseres Verbandes, wie auch in der Gesellschaft. Deshalb erkennen wir auch die Unterschiedlichkeit friedenspolitischer Positionen innerhalb unserer Mitgliedschaft an und begreifen diese als Stärke. Die Positionen reichen von traditionell pazifistischen Haltungen bis zu unterschiedlichen Positionen zur Selbstverteidigung von Staaten, die Opfer militärischer Aggression werden. Diese Widersprüche sind kein Hindernis, sondern Ausdruck demokratischer Reife, solange sie auf dem Boden gemeinsamer Grundwerte ausgetragen werden.

Unsere Aufgabe ist es somit, in unseren Strukturen Räume für Debatten zu schaffen, Brücken zwischen Perspektiven zu bauen und gemeinsame Handlungsoptionen zu formulieren. Dabei sind die NaturFreunde Hessen kein neutraler Ort. Als Landesverband beziehen wir Position auf Basis unserer gemeinsam formulierten Grundwerte. Wir setzen uns für zivile Konfliktlösungen, globale Gerechtigkeit und das Primat der Diplomatie ein. Doch wir tun dies mit dem Bewusstsein, dass auch die Friedensfrage komplex geworden ist und einfache Antworten nicht immer für Alle tragen. Wir fördern die Beschäftigung mit Geschichte, Erfolgen und Risiken gewaltfreier Kampagnen als Teil von möglichen Konfliktlösungen.

Aus dem Selbstverständnis der NaturFreunde Hessen und der Analyse der aktuellen politischen Lage ergeben sich folgende friedenspolitische Forderungen, die einen lernenden Handlungsrahmen für die Arbeit des Landesverbandes darstellen. Sie richten sich an Politik, Gesellschaft und die NaturFreunde selbst, als Ausdruck einer engagierten, kritischen Friedensbewegung:

- **Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht.**
Die NaturFreunde Hessen fordern Schutz, Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung für Kriegsdienstverweigernde, unabhängig von Herkunft und Nationalität.
- **Solidarität mit Geflüchteten.**
Wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik, die Menschenrechte schützt statt Grenzen. Ökologische und wirtschaftliche Ausbeutung müssen als Fluchtursachen begriffen und politisch bekämpft werden. Geflüchteten Menschen leisten wir aktiv Hilfe.
- **Zivile Konfliktlösung stärken.**
Wir setzen uns für den massiven Ausbau diplomatischer, ziviler und entwicklungspolitischer Instrumente zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung als Teil der Außenpolitik Deutschlands ein.
- **Verteidigung des Völkerrechts.**
Die Einhaltung des Völkerrechts ist nicht verhandelbar. Dazu gehören die grundlegende Ächtung des Krieges und das Recht auf zivile und militärische Selbstverteidigung im Rahmen der Möglichkeiten der UN-Charta. Wir fordern eine Stärkung der Vereinten Nationen und internationaler Gerichtsbarkeit.
- **Grenzenlose Aufrüstung stoppen.**
Wir lehnen eine Politik der Abschreckung und den Ausbau und Export militärischer Kapazitäten als Mittel zur Friedenssicherung ab. Wir fordern weltweit ein Ende der Hochrüstung und eine Umwidmung militärischer Mittel für Klima-, Sozial- und Entwicklungsziele. Wir fordern den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag und lehnen die Stationierung atomarer Waffen oder atomar zu bestückender Waffen auf unserem Boden ab.
- **Demokratie statt Demagogie.**
Wir weisen die Vereinnahmung der Friedensfrage durch rechte, autoritäre oder verschwörungsideologische Gruppen entschieden zurück. Friedenspolitik ist untrennbar mit Menschenrechten, Pluralismus und Weltoffenheit und Abrüstung verbunden. Wir beteiligen uns nicht an Veranstaltungen und sind nicht Teil von Bündnissen, die diesen Gruppen eine Bühne bieten.
- **Frieden in Bewegung fortsetzen.**
Wir unterstützen und beteiligen uns weiterhin an der bundesweiten

Friedensinitiative „Frieden in Bewegung“ als niedrigschwelliges, bewegungsorientiertes Bildungs- und Begegnungsformat.

- **Internationalismus statt Nationalismus.**

Wir stärken unsere Bildungsarbeit und internationale Partnerschaften und treten so dem weltweiten Erstarken autoritärer, nationalistischer und militaristischer Kräfte entgegen.

- **Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz als Friedenspolitik.**

Wir erkennen an, dass Krieg auf dem Boden sozialer Spaltung und ökologischer Zerstörung gedeiht. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, globale Umverteilung und konsequente Klimapolitik sind zentrale Bausteine präventiver Friedenspolitik. Diese muss unbedingt verstärkt und gelebt werden.

- **Friedenspolitik als Beitrag zum Klimaschutz.**

Wir wissen, dass militärische Konflikte und Rüstungsproduktion auch Ökosysteme zerstören, Ressourcenknappheit verschärfen und internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz blockieren. Daher ist für uns Friedenspolitik ein integraler Bestandteil der Klimapolitik.

- **Im Bündnis für den Frieden.**

Wir beteiligen uns aktiv an Friedenspolitischen Aktionen in Hessen. Der Vorstand wird einen transparenten Kriterienkatalog auf Grundlage dieses Antrages aufstellen, um eine nachvollziehbare Grundlage für Entscheidungen für und gegen einzelne Beteiligungen anbieten zu können.

Demokratienschutz - Gemeinsam für eine gleichberechtigte, solidarische und freie Zukunft!

Durch das Abstimmen mit Demokratiefeinden und die Übernahme von rechtsextremen Positionen wurde in Parlamenten die Brandmauer eingerissen.

Diese alarmierenden Entwicklungen zeigen sich nicht allein in Deutschland, Österreich oder in der EU, sondern in einer wachsenden Zahl von Gesellschaften mit autoritären und reaktionären Regierungen.

Dies macht es jetzt umso dringlicher, für eine demokratische und solidarische Zukunft zu kämpfen.

Der sich gefährlich ausbreitende Flächenbrand verunsichert zunehmend mehr Menschen und wirkt auch unter NaturFreunden. Die Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien wollen wir ausbauen und mit der Zivilgesellschaft für unsere Demokratie und die internationale Solidarität kämpfen.

Als NaturFreunde Hessen stehen wir für eine freie, solidarische und gerechte Welt. Die gleiche Entschlossenheit fordern wir von allen demokratischen Fraktionen im Hessischen Landtag.

Deshalb fördern die NaturFreunde Hessen mit den Ortsgruppen die Naturfreunde Häuser als Orte der Demokratiebildung. Seit Jahren wird mit diesem Ziel unter der Schirmherrschaft der IG Metall das Kampagnenschild „Respekt Kein Platz für Rassismus“ in Naturfreunde Häusern öffentlich gemacht.

Der Landesverband ist im Demokratieprogramm der Bundesregierung „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aktiv und unterstützt mit ausgebildeten Stärkenberater*innen regionale Demokratienetze.

Als NaturFreunde engagieren wir uns mit der Naturfreundejugend Deutschlands in der Aufklärung zum Erkennen von völkisch-nationalistischen und rechtsextremen Ideologien im Umwelt- und Naturschutz. Dazu steht uns die Fachstelle für Radikalisierungsprävention im Naturschutz zur Seite. Engagement im Naturschutz muss Hand in Hand gehen mit Demokratie und für Menschenrechte.

Wir fordern:

1. Den Ausbau der Finanzierung der demokratischen Arbeit der NaturFreunde in Hessen als zivilgesellschaftliche Organisation durch Investitionen zum Schutz und zur Stärkung der Demokratie.

Hierzu gehört die Fortsetzung der Ko-Finanzierung zum Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ im Landeshaushalt, um diesen zentralen Baustein zum Schutz unserer Demokratie und in der neu entwickelten Ausrichtung der NaturFreunde Hessen auf den ländlichen Raum abzusichern. Damit einher geht die strukturelle Stärkung des Ehrenamtes in der Demokratiestärkung, die wir durch die Mitwirkung der ehrenamtlichen Stärkeberaterinnen und Stärkeberatern ausbauen.

Die NaturFreunde Hessen arbeiten dazu mit den Organisationen im Demokratiezentrum Hessen zusammen und entwickeln mit der Naturfreundejugend Hessen und den NaturFreunde Ortsgruppen in der Erwachsenenbildung die Naturfreundehäuser als Werkstätten unserer Demokratie. Dabei können Investitionen aus dem Sondervermögen des Bundes in Hessen den Ausbau der Demokratiebildung in den Naturfreundehäusern und der Demokratie den Rücken stärken.

2. Demokratieschutz jetzt!

Nach den Verfassungsüberprüfungen in Hessen rückt die parlamentarische Absicherung der Verfassungsorgane in den Mittelpunkt. Nach der Einstufung von Organisationen und Parteien als in Teilen rechtsextrem konzentrieren sich Parlamente und die demokratische Öffentlichkeitsarbeit darauf, für die Ächtung der Menschenfeindlichkeit und gegen Hass und Hetze aktiv vorzugehen!

3. Der Schutz der Gemeinnützigkeit

Alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen müssen sich für den Schutz der Gemeinnützigkeit einsetzen. Nur so können demokratische und gemeinnützige Organisationen aktiv vor dem Angriff von Seiten der Demokratiefeinde geschützt werden. Das betrifft auch den Schutz der NaturFreunde.

4. Solidarität in der Zivilgesellschaft

Vielfalt stärkt Demokratie. Durch eine offene, tolerante und vielfältige Gesellschaft können alle Menschen mitgestalten und mitentscheiden. Die Teilhabe nach dem Grundrecht muss gestärkt werden. Deshalb ist die Inklusion von Menschen mit Einschränkungen auszubauen. Maßgebend ist hierfür die UN-Behindertenkonvention. Zu einer vielfältigen Gesellschaft gehört die Anerkennung der Rechte der von Diskriminierung betroffenen Gruppen. Hier erwarten wir von der hessischen Landesregierung und den demokratischen Fraktionen des Landtages ein konsequentes Engagement.

5. Keine Zusammenarbeit mit Demokratiefeind*innen

Die NaturFreunde Hessen stellen sich gegen jegliche Zusammenarbeit mit Antidemokraten. Die NaturFreunde Hessen und ihre Mitgliedsorganisationen kooperieren niemals und in keiner Weise mit antidemokratischen, rechtsextremen und oder faschistischen Parteien oder Organisationen. Auch nicht mit deren angeschlossenen Organisationen. Vertreter*innen von antidemokratischen Parteien und Organisationen werden nicht zu Veranstaltungen der NaturFreunde Hessen und ihrer Mitgliedsorganisationen eingeladen. Umgekehrt treffen sich Vertreter*innen der NaturFreunde Hessen und ihrer Mitgliedsorganisationen nicht mit den Vertreter*innen von antidemokratischen Parteien und Organisationen und besuchen niemals deren Veranstaltungen.

Parteipolitisches Kalkül darf in den Parlamenten kein Anlass sein, mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien zu verhandeln, abzustimmen oder zu kooperieren.

NaturFreunde stellen sich gegen den Rassismus, den Antisemitismus und stehen für die Demokratie auf. Wir stehen gegen den Hass und den fortschreitenden Sozialabbau auf und kämpfen für eine solidarische, gerechte und freie Welt.

NaturFreunde Hessen engagiert für Demokratie und Zusammenhalt nach dem 19. Februar 2020

Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili VioREL Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov – so hießen die Menschen in Hessen, die bei dem rassistischen Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 ermordet wurden.

Fünf Jahre nach dem rassistischen Terroranschlag von Hanau bleiben für die Hinterbliebenen und Überlebenden zu viele zentrale Fragen ungelöst – ein fortdauernder Kampf um Gerechtigkeit, Sichtbarkeit und Aufarbeitung in unserer gemeinsamen deutschen Gesellschaft bleibt der Auftrag.

Strafanzeigen, etwa zum verschlossenen Notausgang in der Arena-Bar oder wegen technischer und personeller Mängel im Notruf wurden von der Staatsanwaltschaft abgelehnt – zuletzt kurz vor dem fünften Jahrestag. In vielen Familien wachsen Zweifel an der Stärke des Rechtsstaats für alle Bürger.

Der Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags dokumentierte zahlreiche Behördenfehler: Täter mit Waffenbesitzkarten. Tödliche Lücken beim polizeilichen Notruf und blockierter Notausgang.

Angehörige und Hinterbliebene blieben im Schmerz und zu oft allein mit den Infos zu Obduktionen. Juristische und politische Verantwortungskklärung brachten kaum personelle und starke Konsequenzen.

Der Landesverband unterstützt die Familien der Ermordeten von Hanau und die Initiative 19. Februar.

Die NaturFreunde Hessen werden mit den engagierten NaturFreunde Ortsgruppen die Erinnerung an diese Terrortat aufrecht erhalten und kooperieren mit dem Haus für Demokratie und Vielfalt in Hanau am Kanaltorplatz zwischen den beiden Orten des rechtsterroristischen Anschlages vom 19.2.2020.